

Hendrik Wüst ist dagegen, dass die CDU rechter wird

Marie Rahenbrock

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident spricht sich dagegen aus, dass die CDU rechter wird. „Alle Versuche, diese Partei nach rechts schieben zu wollen, wo es keine Freiheit gibt und nur eine Weltanschauung erlaubt ist, werden klar scheitern“, sagt er am Samstag im Interview mit dem *Tagesspiegel*. Die Partei gehöre zur politischen Mitte und sei als solche immer die Heimat von Konservativen und Liberalen gewesen.

Im Hinblick auf die Bundesregierung sagte er, dass die Regierung sagen könne, sie habe ihr Wort gehalten und Lösungen geliefert. Dazu führte er die Migrationspolitik an. Die Anzahl der Asylantragsteller sei um die Hälfte gesenkt worden, erklärte Wüst. Doch das stimmt nur, wenn man die Zahlen von 2025 mit denen von 2024 vergleicht. Vergleicht man die monatlichen Zahlen seit Amtsantritt der schwarz-roten Regierung im Mai, so zeigt sich, dass sich die Zahlen nicht groß ändern (*Apollo News* [berichtete](#)).

Wüst spricht sich dafür aus, dass es nun auch in anderen Politikfeldern als der Migrationspolitik vorangehen müsse. „Dass sich die Ultrarechten nun anscheinend neue Themen suchen, zeigt doch, dass sie gar nichts besser machen wollen.“ Darauf angesprochen, dass der Verband der Familienunternehmer sich gegenüber der AfD geöffnet habe, erklärt der Ministerpräsident, dass der Verband die Wirtschaftspolitik kritisch sehen könne. Doch mit der AfD könne es keinen Erfolg geben. Stattdessen liege der Erfolg der deutschen Familienunternehmen darin begründet, dass sie ihre Waren zollfrei im EU-Binnenmarkt verkaufen können.

Der Regierung unter Merz attestierte er, dass der Anfang der Wirtschaftswende gemacht sei. „Wenn man nicht auf das Getöse und die künstliche Empörung schaut, sondern auf die Substanz, ist diese Regierung sehr gut gestartet“, sagte er gegenüber dem *Tagesspiegel*. Dieses „schädliche Getöse“ entstehe, weil die Politiker sich seiner Einschätzung nach oft missverstehen wollen. Man skandalisiere die Wortwahl, anstatt auf den Beitrag zu achten. „Wir müssen einander wieder verstehen wollen und uns nicht täglich empören wollen, denn davon profitieren nur die politischen Ränder.“

Zum Rentenstreit befragt, zeigte er sich zuversichtlich, dass der Gesetzesentwurf umgesetzt wird. Die Junge Union habe über den Tag hinaus gewirkt und gezeigt, dass sie ein wichtiger politischer Faktor sei. Die Idee einer CDU-Minderheitsregierung lehnt Wüst ab. Das würde nur zu Neuwahlen führen.
